



NACH HOCHWASSER

Lavamünd zieht Klage gegen Stromkonzern zurück

Gemeinde forderte vom Verbund 622.000 Euro Schadenersatz nach Hochwasser von 2012. Chancen auf Erfolg aber zu gering.

Von Jochen Habich | 16:45 Uhr, 03.Mai 2018

In der Aufarbeitung der Hochwasser-Katastrophe vom November 2012 ist das nächste Kapitel geschlossen. Nachdem die Staatsanwaltschaft Klagenfurt im Jänner dieses Jahres ihre strafrechtlichen Ermittlungen eingestellt hat, hat dieser Tage die Gemeinde Lavamünd ihre Schadenersatzklage gegen die Verbund Hydro Power (VHP) zurückgezogen.

Risiko zu groß

622.000 Euro hat Lavamünd vom Verbund gefordert. Dieser betreibt an der Drau mehrere Kraftwerke. In den vergangenen Monaten gab es allerdings intensive Gespräche über





← Artikel 3 von 10

Einen Zusammenhang zwischen Zurückziehung der Klage und Kostenbeteiligung des Verbundes am Hochwasserschutz weist man bei Verbund und in der Gemeinde zurück.

"Wir haben dafür kein Geld bekommen", sagt Laber. Bereits vor dem Hochwasser 2012 sei festgestanden, dass die Gemeinde Lavamünd, die außerhalb der geschützten Kraftwerkskette liegt, dringend einen Hochwasserschutz benötige, sagt Verbund-Sprecher **Robert Zechner**: „Dieser wird jetzt endlich errichtet, als Kraftwerksbetreiber an der Drau beteiligen wir uns an den Kosten. Dazu sind wir über den sogenannten Interessentenbeitrag sogar verpflichtet.“

Der Hochwasserschutz kostet 17,5 Millionen Euro und wird zum Großteil von Land und Bund finanziert. Etwa 1,9 Millionen Euro kommen vom Verbund.

Das könnte Sie auch interessieren



ST. PAUL

Die nächsten Tage werden wieder sehr "mostbar"





← Artikel 3 von 10

Risiko zu groß

622.000 Euro hat Lavamünd vom Verbund gefordert. Dieser betreibt an der Drau mehrere Kraftwerke. In den vergangenen Monaten gab es allerdings intensive Gespräche über einen außergerichtlichen Vergleich. Dieser ist nun zustande gekommen. "Auf Anraten unseres Rechtsberaters", sagt Lavamünds Amtsleiter **Martin Laber**. Die Einstellung der strafrechtlichen Ermittlungen haben die Karten der Gemeinde nicht verbessert. "Wir hätten mit Gutachten und enormen Aufwand unsere Forderungen nachweisen müssen", sagt Laber. Kostspielig und ohne Garantie vor Gericht Recht zu bekommen.

Also einigten sich Gemeinde und Verbund auf die Teilung der bisher angefallenen Kosten. "Für uns heißt es, dass uns keine großartigen Kosten bleiben", sagt Laber. In der Gemeinderatssitzung am 27. April wurden dann die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Kein Zusammenhang

Einen Zusammenhang zwischen Zurückziehung der Klage und Kostenbeteiligung des

